

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/19

28. Januar 1971

Innere Spannungen verschärft

CDU-Parteitag löste keine parteiinternen
Probleme

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Ist die CDU noch groß genug?

Ernste Führungsfragen nach dem Düsseldorfer
Parteitag

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Luftverschmutzung - die Pest unserer Zeit

Vorschläge zur Reinhaltung der Atmosphäre

Von Philipp Seibert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ver-
kehr und Erster Vorsitzender der Gewerkschaft
der Eisenbahner Deutschlands

Seite 5 und 6 / 95 Zeilen

Bericht zu Lage der Nation 1971

Aspekte und Tendenzen im Verhältnis der
Bundesrepublik zur DDR

Seite 7 und 8 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 646/886 647
530 918 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Innere Spannungen verschärft

CDU-Parteitag löste keine parteiinternen Probleme

Der Düsseldorfer CDU-Parteitag hat die inneren Spannungen dieser Partei verschärft. Keines ihrer Probleme wurde gelöst, Ansätze für weiterführende, großzügige Reformen abgeriegelt und erstickt. Die Folgen können nicht ausbleiben, denn der deklassierte Arbeitnehmerflügel wird um seiner Selbsterhaltung willen nicht umhin können, sich weiter zu Wort zu melden. Er wird nachträglich versuchen, die erlittene Niederlage zu erklären und sich von dem zu distanzieren, was ihm das verbliebene Restchen von Glaubwürdigkeit noch zu nehmen droht. Überstimmt und mit kalter, bissiger Ironie übergossen haben Kautzer und seine Flügelmäner auf diesem Parteitag Lehren bezogen, die zu Mitgefühl eher anregen denn zu Schadenfreude.

Die für das Selbstverständnis und die Einheit der Union als bedeutend angesehene Entscheidung über die Bewertung von Kapital und Arbeit ist in peinlicher Weise zu einer Nagelprobe für die CDU und ihre Führung geworden. Sie gewinnt ihre wirkliche Dimension erst vor dem Hintergrund der vom hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger gegebenen Begründung. Diese enthält nicht nur Elemente fröhenkapitalistischer Gesinnung, sondern eine gefährliche Absage an die überparteiliche Form unserer Einheitsgewerkschaft. Beides konnte von einer Parteitagsmehrheit eigentlich nur mit Vorbehalt und Überlegung akzeptiert werden. Die von Dregger vorgetragenen und von der Mehrheit der Delegierten unterstützten Auffassungen weisen auf Konsequenzen, die den Anspruch der CDU, Partei der Mitte zu sein, zu einem bloßen Wortspiel machen.

Diese mehrheitliche Bewertung der Gewerkschaften und ihrer Führer läßt vermuten, daß die CDU diesen Pfeiler der Gewerkschaft nicht länger als Partner, sondern als Gegner, wenn nicht gar als Feind empfindet. Der Ausruf Dreggers: "Wie kommen wir eigentlich dazu, diesen Leuten (in der Mitbestimmung) eine derartige Machtposition zu verschaffen", ist nicht in der Hitze der Diskussion unbedacht gefallen, sondern von einem schriftlichen Konzept abgelesen worden. Mit ihm wurden nicht nur begeisterte Delegierte von den Sitzen gerissen, sondern nahezu der gesamte CDU-Vorstand dazu verführt, die eigene Mitbestimmungsvorlage zu verleugnen und damit selbst noch das als Vorlage dienende Bienenkopf-Modell als zu weitgehend zu verdammen. Eine klägliche Schau unter dem hypnotischen Zwang, nichts zu tun, was dem Vorsatz, "den Düsseldorfer Laufsteg der Kandidaten" mit größeren Chancen für die nächsten Personalentscheidungen zu verlassen, mindern könnte.

An diesem Punkt haben die Propheten recht behalten, die die Düsseldorfer Veranstaltung von Anfang an als sinn- und nutzlos bezeichneten. Die unausgetragenen personellen Gegensätze überlagerten diese Programmdiskussion und zwangen potentielle oder angebotene Bewerber zu gespielten oder taktisch berechneten Verhaltensweisen. Daß sich daraus für den Beobachter auch ein Bild

der Einschätzung formte, mit der die CDU-Spitzengarnitur die eigene Partei sieht, ist als Nebenprodukt nicht ohne Belang. Viel Schmeichelhaftes findet sich darin indessen nicht.

Politisches und zugleich menschliches Format bot in diesem Reigen eigentlich nur Dr. Gerhard Schröder. Sein Auftritt am letzten Kongreßtag hat ihn als ernstzunehmenden Gesprächspartner nach innen und außen bestätigt. Wenn es seine eigene Partei ebenso sähe, könnte sie davon nur profitieren. Die Hoffnung darauf muß aber gering bleiben.

Daß der Verlauf des Parteitages viele Delegierte mehr irritiert denn orientiert hat, war schon am ersten Tag spürbar. Manchen hat auch die hintergründige Anmaßung ergrimmt, mit der der CSU-Chef Strauß der größeren Schwesterpartei die Grenzen ihrer Handlungsfreiheit nachdrücklich bewußt gemacht hat. Artikuliert hat sich dieser Unmut aber nicht. Wie ein roter Faden zog sich die beschwörende Mahnung zu Geschlossenheit durch die Diskussionen. Sie hätte jeden Protest als parteischädigendes Verhalten ausweisen müssen. Mit Kiesingers Schlußwort: "Wir sind stark, stärker als manche geglaubt haben", wurde die Grenze zum Banalen hin weit überschritten, die Beschämung über den Kniefall vor Strauß - wo er empfunden wurde - aber nicht gelöst.

In der Außen- und Ostpolitik ist es bei den sterilen, von parteiinternen Rücksichten bestimmten Formeln geblieben. Daß sich dahinter Ansätze zum politischen Realismus zeigen, war unverkennbar. Ebenso unverkennbar war aber auch die Unvereinbarkeit solcher Gedanken mit der Schroffheit des Beharrens einer Übergroßen Mehrheit auf den alten Positionen. Die Auseinandersetzung mit Teilen der Jungen Union um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hat darüber Deutlicheres ausgesagt als sich an dem Ergebnis einer Abstimmung erweisen ließ. Mehr von dieser CDU zu erwarten, als daß sie nach einer befriedigenden Berlin-Lösung ihren Abgeordneten die Entscheidung über die Ostverträge freiläßt, wäre nach dem Verlauf der Düsseldorfer Diskussion reine Selbsttäuschung. Aber auch das bleibt noch zweifelhaft, denn schon die Bewertung, ob eine schließliche Berlin-Regelung befriedigend ist oder nicht, gibt Spielraum. Kiesinger war so frei, das deutlich zu sagen.

Was dieser CDU-Vorsitzende im Taumel seines Niedergangs innenpolitisch noch alles anrichten kann, werden die kommenden Landtagswahlen erweisen. Seine Drohung, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk erfährt, wie sich "Sozialisten und Jung-Marxisten" daran machen, die SPD von innen auszuhöhlen und zu erobern, läßt jedenfalls Schlimmstes befürchten. Gepaart mit der Hoffnung, allen anderen Anwartschaften zum Trotz selbst die Spitze halten zu können und dabei um die notwendige Gunst seines bayerischen Kollegen Strauß buhlend, wird dieser Mann noch sehr wild um sich schlagen.

Ist die CDU noch groß genug?

Ernste Führungsfragen nach dem Düsseldorfer Parteitag

Das Düsseldorfer "Ein-Herz-und-eine-Seele"-Schauspiel zwischen dem noch amtierenden CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger und dem CDU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß hatte nicht den geringsten Aussagewert gehabt. Diese theatralische Einmütigkeits-Bekundung sollte den miserablen Eindruck der Vor-Parteitagsdröhung des Strauß-Stellvertreters Richard Stücklen verwischen, daß die Fraktionsgemeinschaft der beiden "Unions"-Parteien zerbrechen würde und müßte, wenn die - größere - CDU in wichtigen Fragen, z.B. der Mitbestimmung und der Ostpolitik, sich anders verhalten sollte oder sollte als die - kleinere - CSU. Eine handvoll Stunden nach diesem "Einig-einig-Schwur" von Düsseldorf wiederholte Stücklen in München seine mehr drohende als warnende Feststellung und - Strauß stimmte ihm ausdrücklich zu: "Auch wenn sich die CDU am liebsten an der Seite der CSU sähe".

Gewiß: der sogenannte Programmparteitag der CDU, der alles andere als eine "progressive Fortschreibung" des Berliner Programms, sondern eine Festschreibung auf gruppenbezogene Interessen brachte, hat die Gefahr eines Fraktionsbruchs in Bonn nicht verschärft. Die massive Stücklen-Drohung, die den 556 CDU-Delegierten schon im Vorfeld ihres Parteitreffens den Mut abkaufen sollte, hat für eine, wenn auch knappe Mehrheit der "Unionisten" völlig ausgereicht; wobei für bemerkenswert viele der in der Mehrzahl über 50-jährigen Delegierten der Anti-Progressivismus der CSU sicher Gleichklanggefühle auslösen muß. Aber dieser Düsseldorfer Kotau half immer noch nichts: Die CSU, im Vollbewußtsein ihres Pressions-Erfolges nun schon

übermütig geworden, schlug noch einmal zu. Stücklein differenzierte, ja distanzierte seine Regionalpartei noch einmal schroff gegenüber dem zwar größeren, aber weicheren "Bruder", und Strauß machte aus der ganzen Affäre ein Horrordstück mit der Drohung an alle potentiellen Kanzlerkandidat-Aspiranten der CDU, sich ja nicht mit der CSU "anzulegen".

Wenn also Düsseldorf für die innerpolitische Szenerie der Bundesrepublik außer dem "Zurück-hinter-Berlin" der CDU-Programmatik bedeutungsvoll geworden ist, dann durch diese eindeutige Klarstellung des tatsächlichen Gewichts der beiden "Unions"-Partner. Die CDU-Führung weiß spätestens ab Düsseldorf, wie eng begrenzt ihr Aktionskreis ist, solange sie es zulässt, daß eine Regionalgruppe, dank ihrer Disziplin schlagkräftiger als der in Flügeln auseinanderstrebende größere Widerpart, das Kommando übernimmt. Die CDU hat jetzt einige Monate Zeit, frühestens bis zum Sommer, spätestens bis zum Herbst, um sich nicht nur in der Fraktion, sondern sicherlich auch in der Partei völlig klar darüber zu werden, was sie tun muß, um nicht gänzlich zum Beiboot des CSU-Dampfers werden zu müssen. Das setzt freilich auch eine brauchbare Personalentscheidung für die Parteispitze voraus. Wer von der CDU noch hören und sehen kann, dem müßte Düsseldorf eindeutig und enögültig klargemacht haben, daß die CDU mehr braucht als ein Parteizentralgebäude in Bonn, das noch dazu ein paar Etagen zu groß ist. Sie braucht einen Vorsitzenden, der verhindert, daß auch die CDU als Partei nicht mehr ihren Raum füllen kann.

Luftverschmutzung - die Pest unserer Zeit

Vorschläge zur Reinhaltung der Atmosphäre

Von Philipp Seibert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr und
Erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben zum Schutz der US-Bürger gesetzlich vorgeschrieben, daß Pkw mit Abgasentgiftern ausgestattet sein müssen. Ein solches Gesetz muß auch bei uns erlassen werden, und zwar ohne lange Übergangsfristen. Oder sind unsere Bürger weniger wert? Niemand kann einen Aufschieb länger verantworten. Es wäre gut, wenn die Automobilindustrie selbst dafür praktikable Vorschläge anbieten könnte, statt nach den Preiserhöhungen auf breiter Front über fehlende Mittel zu klagen. Auch der Autokäufer, der für Zierrat und Prestige nicht wenig Geld aufwendet und den Mineralölsteuer-Erhöhungen zumutbar erscheinen, muß bereit sein, für seine eigene Gesundheit und Sicherheit und auch für diejenige seiner Mitmenschen einen Beitrag zu leisten.

Immer stärker - und dies muß mehr ins Bewußtsein der Verantwortlichen gerückt und öffentlich diskutiert werden - wirkt sich in den Städten in den "rush hours" des Berufs- und Geschäftsverkehrs die Konzentration der Autoabgase aus. Ein tödlicher Luxus, den wir uns damit leisten, statt wie die Japaner, die die Exportmodelle ihrer Autos mit Vorrichtungen für die Abgasverbrennung versehen, während bei uns an der konventionellen Verbreitung von Giftstoffen festgehalten wird, weil die Automobilindustrie und die Pkw-Käufer angeblich die dafür entstehenden Kosten nicht aufbringen können. Gewiß ist es nicht einfach, zu beweisen, ob die Kosten für Verbrennungsanlagen unserer Exportmodelle bereits heute schon teilweise von den inländischen Käufern mitbezahlt werden. Wenn es um die Volksgesundheit geht, müssen auch finanzielle Fragen gelöst werden.

Doch damit allein ist es nicht getan. Ein weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu. Schon früher wurde von Fachleuten wiederholt vorgeschlagen, das Verhältnis von Pkw- und öffentlichen "Massen"-Verkehr zugunsten des Letzteren zu ändern, wobei in erster Linie die Probleme des ruhenden Verkehrs (Parkraum) und der rationellen Ausnutzung öffentlicher Verkehrsmittel eine Rolle spielten. Heute ist die Luftverschmutzung ein Grund mehr für die auch im "Verkehrsbericht 1970" vertretene Ansicht, daß die "autogerechte" Stadt eine Utopie ist. Man wird deshalb auf die Dauer nicht um die Beantwortung der Frage herumkommen, ob an der schon als "Städteverstopfungsprämie" bezeichneten Kilometerpauschale, die mittlerweile zur "Städtevergiftungsprämie" wurde, unverändert festgehalten werden kann.

Auf jeden Fall sollte nach neuen Wegen zur Förderung aller derjenigen gesucht werden, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Begünstigt werden könnten beispielsweise alle Autofahrer, die bereit sind, ihren Wagen am Stadtrand abzustellen und mittels "park-and-ride" von dort zu ihren Arbeitsstätten zu fahren. Vielleicht sollte versuchsweise - und nur auf diesen Verkehr beschränkt - der Nulltarif eingeführt werden, um Erfahrungen für sinnvolle Lösungen

zu finden. Begünstigt werden sollten schließlich auch diejenigen, welche von ihrem Wohnort, oder von dem ihren Wohnort am nächsten gelegenen Bahnhof, öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Die tägliche Praxis zeigt noch deutlicher als manche Experimente, daß es eine Illusion ist, zu glauben, Appelle an die Vernunft allein würden ausreichen, solche Ziele zu erreichen.

Freilich kann es schon helfen, die Anlage von Parkflächen am Stadtrand im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzgesetzes zu fördern. Besser wäre es, den Reisenden im Berufsverkehr unmittelbar einen steuerlichen Anreiz zu bieten und allen denen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen oder sich am "park-and-ride" beteiligen, die unbegrenzte steuerliche Absetzung des dadurch entstehenden Aufwandes zu gestatten, wie dies praktisch auch für die Kirchensteuer möglich ist. Jedenfalls steht fest: Auf diesem Gebiet muß schnell etwas geschehen, ohne daß formelle Verwaltungstechniken dagegen ins Feld geführt werden.

Kein Zweifel, daß bei der Luftverschmutzung das Zusammentreffen der Emissionen aus Heizungsanlagen im Winter mit Industrie- und Autoabgasen bei besonders ungünstigen klimatischen Bedingungen, die sehr schnell zu Smog-Alarm führen können, nicht von heute auf morgen abstellbar ist. Was aber in Angriff genommen werden muß, ist eine Siedlungs- und Bebauungsplanung in bedrohten Großstädten, die es nicht mehr dem Zufall überläßt, daß durch eine konzentrierte Hochhausbebauung im Manhattan-Stil die Frischluft-Zufuhr aus angrenzenden Grüngebieten im wahrsten Sinne des Wortes verbaut wird.

Außerdem ist die öffentliche Hand verpflichtet, Schritte für Schritt denjenigen Industriebetrieben nicht manipulierbare Auflagen zu machen, denen es jahrzehntlang zum Schaden der Allgemeinheit erlaubt war, ohne Rücksicht auf ihre Umgebung Rauch und Schmutz aus Industrieschornsteinen völlig frei und hemmungslos zu verbreiten. Man muß sich über den Gleichmut wundern, mit dem beispielsweise Zehntausende von Menschen in der Umgebung von Chemiebetrieben - und dies ist nur ein Branchen-Beispiel - die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren und Schädigungen sowie auch materielle Schäden durch Entwertung ihres Besitzes hinnahmen und weiter hinnehmen.

Wundern muß man sich zugleich aber auch über die Unverfrorenheit und Eigennützigkeit, mit der versucht wird, Kosten für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft von den Verursachern ganz oder zum größten Teil fernzuhalten. Wer die Musik bestellt, muß sie bezahlen, sagt ein Sprichwort. Wer aus Produktionen, die von ständiger Schmutz- und Giftstoffabsonderung begleitet sind, geschäftlichen Nutzen zieht und große Gewinne erwirtschaftet, muß in erster Linie die Kosten zur Vermeidung der Verschmutzung tragen. Niemand kann erwarten, daß beispielsweise Rentner und Hausfrauen, die jahrzehntlang schutzlos schädlichen Industrieabgasen ausgesetzt waren, auch noch die Rechnung dafür bezahlen. Dies wäre genau die falsche Art für die Lösung von Gemeinschaftsaufgaben.

Bericht zur Lage der Nation 1971

Aspekte und Tendenzen im Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR

Der Bericht, den ein Forscherteam unter Führung von Prof. Dr. Peter C. Ludz im Auftrag des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, erstellt hat, kann gewiß als exakte wissenschaftliche Darlegung von Fakten und ihrer Auswirkung bezeichnet werden. Die Arbeit gliedert sich in VIII Hauptkapitel. Wer Entwicklungstendenzen beider Staaten verfolgt und politische Schlüsse ziehen will, wird auf das umfangreiche Material, das dieser Bericht bietet, nicht verzichten können.

Gute Einblicke bietet z.B. das Kapitel III "Produktion und Produktivität". Der Bericht stellt nüchtern fest, daß "das reale Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik und in der DDR von 1960 bis 1969 insgesamt im fast gleichen Tempo zugenommen" hat. Die durchschnittliche Wachstumsrate betrug bei uns 4,8 vH., in der DDR 4,5 vH. In beiden deutschen Staaten dominieren die Anteile der Industrie an der Gesamtwirtschaft. Die Gewichte in beiden Staaten weichen voneinander ab. In der BRD beträgt der Anteil 47 vH., in der DDR hingegen 51 vH. Die Landwirtschaft trägt in der DDR zur gesamtwirtschaftlichen Leistung wesentlich mehr teil als in der Bundesrepublik. Der "Selbstversorgungsgrad" lag in der DDR bei 85 vH., in der BRD hingegen bei 77 vH.. Neun bis zehn vH. der gesamtwirtschaftlichen Leistung werden in der DDR durch die Landwirtschaft erbracht, bei uns hingegen liegt diese Kennzahl bei vier vH..

Der Anteil des Verkehrswesens an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ist in der DDR geringer als in der BRD. Ähnlich verhält es sich mit den Produktionsanteilen des Handels und der Dienstleistungen. Die Importe betragen für das Jahr 1969 in der BRD 97.972 Millionen DM, in der DDR 18.446 Millionen DM. Die Exporte betragen im gleichen Jahr für die BRD 113.557 Millionen DM, für die DDR 18.664 Millionen DM.

Erhebliche Unterschiede hat der Frauenanteil an den Erwerbspersonen. Für das Jahr 1969 gelten die Zahlen: BRD = 35,6 vH.,

DDR = 45,8 vH. Die Strukturunterschiede am Eigentum von Produktionsmitteln verdeutlichen Zahlen. 1968 gab es in der DDR 3,8 vH. selbständige Erwerbspersonen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und 84 vH. Arbeitnehmer. 12 vH. arbeiteten in Produktionsgenossenschaften. In der Bundesrepublik gab es hingegen 19,0 vH. selbständige Erwerbspersonen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und 81 vH. Arbeitnehmer.

Der Wohnungsmarkt zeigt folgende Tendenzen: Auf je 1.000 Einwohner gab es 1960 in der DDR 276 Wohnungen, somit 25 vH. mehr als in der Bundesrepublik. Von 1962 bis 1969 sind bei uns rd. 4,6 Millionen Wohnungen = 22 vH. des Wohnungsbestandes gebaut worden. Im gleichen Zeitraum sind in der DDR nur rd. 600.000 Wohnungen = 10 vH. des Wohnungsbestandes neu geschaffen worden.

Vergleiche zwischen der Nettoeinkommen von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern geben folgendes Bild: In der Bundesrepublik hatte 1965 ein Arbeitnehmer ein monatliches Nettoeinkommen von 710 DM (alle drei Gruppen 738 DM). In der DDR hingegen betrug in der gleichen Zeit das monatliche Nettoeinkommen 551 DM (für alle drei Gruppen 521 DM).

Es zeigt sich, daß die Kurve der Nettoeinkommen für Arbeitnehmer in der BRD bis 1969 wesentlich steiler, nämlich auf ca. 900 DM ansteigt, während sie in der DDR flacher auf ca. 620 DM verläuft. Das Nettoeinkommen sagt allerdings noch nichts über das Nettoverbleibende aus.

Die Fülle des vorgelegten Materials überschreitet bei weitem den Umfang einer Abhandlung in einem Artikel. Verwiesen sei noch auf den Tabellenanhang, der auf 87 Seiten spezifische Angaben in vielen Zahlenkolonnen macht.